

Institutionen reformieren statt desavouieren.

In den letzten Monaten hat die SVP mit ihren Diktaturvorwürfen unsere demokratischen Institutionen frontal angegriffen. Und damit eine gefährliche Stimmung geschürt, die in Gewalt und dem im Vorfeld der Abstimmung zum Covid-Gesetz erhobenen Vorwurf mündete, bei der Abstimmung werde es zu Fälschungen kommen. Die SVP hat systematisch die Pandemiebekämpfung sabotiert und das Vertrauen in das politische System und die demokratischen Prozesse geschwächt. Das ist nicht nur verantwortungslos, sondern steht auch im krassen Gegensatz zum Bild, welches die gleiche Partei sonst so gerne zeichnet: Die Schweiz als demokratische Musterschülerin. Der Schweizer Föderalismus und die direkte Demokratie werden immer wieder als Grund für die Prosperität der Schweiz dargestellt. Diese Sonderfall-Logik wird ohnehin weit über die rechtspopulistischen Kreise hinaus vertreten.

Dabei ist die Schweizer Demokratie alles andere als perfekt. Es gibt in verschiedensten Bereichen dringenden institutionellen Reformbedarf, gerade auch aus linker Sicht: Bei der Konzernverantwortungsinitiative hebelte das fehlende Ständemehr das erreichte Volksmehr aus; Die Städte und die städtische Bevölkerung sind untervertreten im politischen System; Ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung hat kein Stimmrecht, weil Ausländer\*innen von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen sind; Das Milizsystem ist längst ein Mythos und befördert intransparente Politikfinanzierung. Und damit sind erst einige Beispiele genannt. Obwohl der Reformbedarf längst ausgewiesen ist, scheinen unsere Institutionen unantastbar.

Aber jüngste Entwicklungen zeigen: Die Demokratie bewegt sich doch! Dank der Annahme des griffigen Gegenvorschlags zur Transparenzinitiative müssen Spenden an Parteien und Komitees ab 15'000 Franken künftig endlich offengelegt werden. Der Nationalrat hat sich in einem ersten Schritt für das Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. Und die staatspolitische Kommission wagt sogar – gestützt auf einen SP-Vorstoss – einen neuen Anlauf für einen Bundesrat mit neun Mitgliedern. Das sind erste wichtige Schritte.

Die Pandemie hat wie durch ein Brennglas den Blick auf die grossen Probleme des Föderalismus gerichtet. Gerade im Gesundheitsbereich ist die heutige Aufgabenteilung nicht krisentauglich. Der Massnahmen-Flickenteppich ist nicht nur Ausdruck mangelnder Koordination, sondern zeigt auch, dass die Kleinheit der Kantone (flächenmässig aber auch in Bezug auf handlungsfähige Verwaltungsstrukturen) eine effektive Pandemiebewältigung massiv erschweren. Statt mit haltlosen Diktaturvorwürfen unsere Institutionen zu desavouieren, gilt es jetzt, endlich die Frage nach einer Föderalismusreform zu stellen.